

# Hessen sozial – Politikwechsel ist möglich und finanzierbar



Anmerkungen zum  
Landeshaushalt 2015

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum  
Hessen sozial -  
Politikwechsel ist möglich und finanzierbar  
Anmerkungen zum Landeshaushalt 2015

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1 – 3  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 06 11-350 60 90  
Fax: 06 11-350 60 91  
E-Mail: [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)  
Internet: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

V.i.S.d.P.  
Willi van Ooyen, MdL  
Fraktionsvorsitzender

Redaktion  
Bernd Schmid  
Stefan Würzbach

Wiesbaden, März 2015

# Inhalt

Vorwort	4
Bewertung des Landeshaushaltes 2015	6
Soziales - Arbeit	9
Das Sozialbudget	12
Bildung - Wissenschaft - Kunst	14
Wirtschaft und Verkehr	18
Umwelt, Verbraucherschutz, Forst, Landwirtschaft und ländliche Räume	19
Innenpolitik - Öffentlicher Dienst - Integration	22
Recht und Tierschutz	24
Integration	26
Wohnen	27
Übersicht	28

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Mit dem Landeshaushalt 2015 legt Schwarzgrün erstmals einen vollständigen eigenen Haushalt für das Land Hessen vor. Um die sogenannte Schuldenbremse einzuhalten, scheint der neuen Koalition fast jedes Mittel recht: Die notwendige Umverteilung von Oben nach Unten spielt leider keine Rolle.

So verzichtet auch diese Landesregierung auf Steuererhöhungen, die dafür sorgen würden, dass hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden können.

*Es gilt also auch in der Haushaltspolitik: der Politikwechsel bleibt aus.*

Selbst das von Schwarzgrün gefeierte Sozialbudget erweist sich als Mogelpackung. Statt der angeblichen 18 Millionen sind es nur 12,5 Millionen, die zusätzlich in den Haushalt eingestellt wurden. Dies ist aber nicht viel mehr als ein Viertel des Geldes, das Roland Koch seinerzeit mit der ‚Operation Düstere Zukunft‘ den sozialen Einrichtungen in Hessen gestrichen hat. Und selbst diese unzureichenden Mittel werden bei den sozialen Einrichtungen nicht einmal vollständig ankommen, da finanzschwache Kommunen das Geld zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden werden.

Die Landesregierung unternimmt nichts, um die desolate Finanzsituation vieler Kommunen zu beheben – im Gegenteil. Durch die Erlasse des Innenministers ist ein zusätzlicher Kürzungsdruck entstanden. Und auch mit der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016 wird die Finanzlage der Hessischen Kommunen nicht besser, weil die Landesregierung die Zuwendungen an die Kommunen gedeckelt hat.

Sicher ist bereits jetzt, dass die Beamtinnen und Beamten wieder einmal für Sonderopfer im Namen der Haushaltskonsolidierung herangezogen werden sollen. Mit der Kürzung der Beihilfe, der Nullrunde bei der Besoldung und einem neuen zusätzlichen Stellenabbauprogramm werden die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nach stärker als unter der Vorgängerregierung zu Opfern einer unsozialen Sparpolitik.

### **LINKE Alternativen – Politikwechsel ist wünschenswert und finanzierbar!**

DIE LINKE hat umfangreiche Änderungsanträge zum Landeshaushalt gestellt. Die insgesamt 96 Änderungsanträge sind ein Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen und unsere Schwerpunkte für einen echten Politikwechsel deutlich zu machen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag setzt dabei auf Einnahmeverbesserungen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik, die in Hessen zu erheblich höheren Einnahmen führen würde. Bereits eine moderate Vermögensbesteue-



rung würde in Hessen zu Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro führen. Darüber hinaus fordern wir aber auch auf Landesebene konkrete Schritte für höhere Einnahmen, insbesondere durch die Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder und Betriebsprüfer, sowie durch die Einführung eines Wassercentrs.

Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten und gleichzeitig das Schrumpfen des Öffentlichen Dienstes auf einen Magerstaat beenden.

Für DIE LINKE steht fest: ein echter Politikwechsel in Hessen ist nicht nur wünschenswert, er ist auch finanzierbar. DIE LINKE macht konkrete und bezahlbare Gegenvorschläge zur schwarz-gelben Politik des Magerstaats. Wir stehen für eine Haushaltspolitik, die auf sozialen Ausgleich, bessere Bildung und eine sozial-ökologisch nachhaltige Infrastruktur ausgerichtet ist.

Würden die Vorschläge der LINKEN umgesetzt, könnte die Verschuldung trotz höherer Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt um rund 600 Millionen Euro im Jahr 2015 reduziert werden.

Mit den Vorschlägen zum Landeshaushalt wollen wir zeigen, dass die Politik der Landesregierung nicht alternativlos ist. Mehr Geld für KITAs, Schulen, Wohnen, Soziales und Gesundheit ist möglich, wenn endlich umfairteilt wird.

*Barbara Cárdenas, Hermann Schaus, Marjana Schott,  
Dr. Ulrich Wilken, Janine Wissler, Willi van Ooyen*

## Bewertung des Landeshaushaltes 2015



### **Mehr Geld für Hessens Kommunen**

Dass die Landesregierung an einer ordentlichen Finanzierung der Hessischen Kommunen nicht interessiert ist, hat sie bereits 2010 bewiesen und den Kommunen 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich gestrichen. Doch diese 344 Millionen Euro fehlen den Kommunen seitdem Jahr für Jahr. Die Folgen in den Städten und Gemeinden sind verheerend. Schwimmbäder und Büchereien werden geschlossen, die Gebühren und Beiträge steigen scheinbar unaufhaltsam. Mittlerweile gilt, dass Hessen als eines der reichsten Bundesländer die ärmsten Kommunen hat. Konkret hatten Hessische Kommunen im Jahr 2013 die zweithöchsten Defizite je Einwohner im Vergleich der Flächenländer. Wir fordern dass die Landesregierung endlich den Verfassungsauftrag ernst nimmt, die Einnahmen des Landes durch eine Besteuerung großer Vermögen verbessert und die Kommunen so an den Einnahmen beteiligt, dass diese endlich ihre Aufgaben erfüllen können, wie es die Hessische Verfassung fordert! Es muss endlich Schluss sein mit dieser kommunalfeindlichen Politik einer schwarz-grünen Schuldenbremsenkoalition.

### **Für eine emanzipatorische und inklusive Bildungspolitik**

Statt die gescheiterte G8-Reform vollständig zurückzunehmen, wird nur halbherzig daran herumgedoktert. Aktuelle Zahlen belegen, dass die Einführung von G8

vollständig gescheitert ist. Von 107 Gymnasien, die es in Hessen gibt, ist mittlerweile ein Großteil zu G9 zurückgekehrt. Nur noch 31 haben ein reines G8-Angebot. Gute Bildungspolitik kostet Geld. Dafür ist mehr Personal notwendig, das vom Land finanziert werden muss. Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, Klassen zu verkleinern und die Ganztagschulen auszubauen, fordert DIE LINKE 7.500 neue Stellen für Lehrer\_innen. Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung von Lehrerinnen\_innen sowie Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal wird so endlich wirklich begegnet! Im Bereich der KITAs braucht Hessen eine Qualitätsoffensive, um eine gute und flächendeckende Kinderbetreuung zu erreichen.

### **Das Sozialbudget verdient seinen Namen nicht**

Das so genannte Sozialbudget (*siehe Seite 12*) im Haushalt ist eine Mogelpackung. Die finanziellen Mittel werden nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden: bei den Frauen und Kindern, die vor Gewalt flüchten, bei Menschen mit Behinderungen sowie bei Einrichtungen, die mit Menschen mit Sucht und Schuldenproblemen arbeiten und in der Gemeinwesenarbeit. Da die meisten Städte, Gemeinden und Landkreise hoch verschuldet sind, wird das Geld in der Schuldentilgung versickern. Überdies kompensiert das zusätzliche Geld bei weitem nicht die Verluste aus der Operation Düstere Zukunft, in deren Rahmen vor elf Jahren die Zuschüsse für soziale Einrichtungen und Organisationen radikal zusammengestrichen wurden.

### **Krankenhäuser verlässlich finanzieren**

Vor der Wahl sahen Bündnis 90/Die Grünen in der pauschalen Verteilung der Investitionsmittel des Landes an die Krankenhäuser keine Lösung. Nach der Wahl haben sie mit der CDU genau denselben Gesetzesentwurf verabschiedet, den Schwarzgelb vorgelegt hatte. Die Krankenhäuser haben weiterhin zu wenig Geld für Investitionen. Auf das Universitätsklinikum Marburg-Gießen hat das Land nicht mehr Einfluss genommen, wie es die Grünen vor der Wahl gefordert und versprochen hatten. So haben wir es dort und in anderen Kliniken mit einem massiven Abbau des Pflegepersonals zu tun. Die LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass Krankenhäuser verlässlich finanziert werden, so dass sie nicht mehr Behandlungen als nötig ansetzen, um sich über Wasser halten zu können. Das Gesundheitswesen ist eine öffentliche Aufgabe, in der die Privatwirtschaft nichts zu suchen hat. Auch das UKGM muss wieder in öffentliches Eigentum überführt werden.

### **Wohnen ist ein Menschenrecht**

Sowohl im Bereich des sozialen Wohnungsbaus als auch bei der Wohnraumversorgung Studierender besteht in Hessen Handlungsbedarf. DIE LINKE fordert, den

Bestand an Wohneinheiten für studentische Nutzung in Hessen jährlich um 2.000 Einheiten zu erhöhen. Der Neubau studentischen Wohnraums soll aus Landesmitteln mit 20.000 Euro je Einheit gefördert werden. Um den langjährigen Rückgang an Sozialwohnungen umzukehren und zukünftig den Bestand wieder zu steigern, soll das Land Hessen Mittel zur Verfügung stellen, um 4000 neue Sozialwohnungen pro Jahr errichten zu können.

### **Haushaltsanierung auf dem Rücken der Beamt\_innen**

Seit DIE LINKE im Landtag vertreten ist, hat sie sich für eine angemessene Besoldung und für angemessene Arbeitsbedingungen der hessischen Beamt\_innen eingesetzt. Stets haben wir uns für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse der Arbeitnehmer\_innen des Landes Hessen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Nichts, aber rein gar nichts, hat sich für die Beamtinnen und Beamten im Landesdienst mit der neuen schwarzgrünen Regierung verbessert. Im Gegenteil: Die ebenfalls ab 2015 vorgesehenen Kürzungen bei deren Krankenversorgung der Beamt\_innen um weitere 20 Mio. Euro führt neben der für 2015 geplanten Nullrunde zu spürbaren Einkommensreduzierungen. Und das alles bei der mit 42 Stunden pro Woche längsten Arbeitszeit in ganz Deutschland. Im aktuellen Landeshaushalt ist für das Jahr 2015 wegen der Schuldenbremse eine Nullrunde für Beamtinnen und Beamte vorgesehen. In den nachfolgenden Jahren sind dann lediglich Besoldungserhöhungen von ein Prozent pro Jahr vorgesehen, ganz gleich wie die Tarifierhöhungen ausfallen oder ganz egal wie sich die Preisteigerungsrate entwickelt. Eine solch obrigkeitsstaatliche Alimentierung der Beamt\_innen rein nach Kassenlage führt zu weiterer Frustration und Demotivierung und ist schlicht verfassungswidrig.



## Soziales - Arbeit

### Sonderprogramm Hortausbau + 1 Mio. Euro

Jedes neue Schuljahr wird es für Eltern schwieriger einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu finden, wenn sie in die Schule kommen. Die Kommunen fahren die Anzahl an Betreuungsplätzen für Schulkinder zurück. Es gibt kaum Ganztagschulen und die wenigsten Schulen bieten eine Ganztagsbetreuung. Dies wird sich auch mit dem Pakt für den Nachmittag nur teilweise entschärfen. Bis dahin müssen Eltern auch ihre Kinder unterbringen und solange ist eine Erhöhung der Anzahl der Hortplätze über den aktuellen Bestand dringend erforderlich.



### Krankenhausfinanzierung verbessern + 20 Mio. Euro

Die hessischen Krankenhäuser leiden unter einem erheblichen Investitionsstau. Dieser führt zu hohen Defiziten bei der Mehrzahl der Krankenhäuser. Deshalb wird Personal abgebaut, um die Kosten zu senken. Dies führt zu Qualitätseinbußen und einem erhöhten Arbeitsdruck. Die hessische Krankenhausgesellschaft hat den Investitionsstau auf 140 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2014 errechnet. Hier fehlen immer noch mindestens 20 Millionen Euro pro Jahr.

### Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen + 1,5 Mio. Euro

Um Krankenhausaufenthalte von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verhindern, ist eine gut organisierte und ausgebaute ambulante Infrastruktur erforder-

derlich. Langfristig müssen die sozialpsychiatrischen Dienste in allen Kreisen und kreisfreien Städten entsprechend der Empfehlungen der Enquetekommission ausgebaut werden.

### **Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren +10 Mio. Euro**

Es werden mehr Arbeitsplätze gerade für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen gebraucht. Arbeit ist genug da: in der Pflege, in der Erziehung und Bildung, bei der Kultur und im Umweltschutz. Diese Arbeitsplätze müssen existenzsichernd, unbefristet, zusätzlich zu den vorhandenen Stellen bei gemeinnützigen Organisationen sein und den Arbeitslosen angeboten werden, ohne dass sie Sanktionen zu befürchten haben. Das Geld soll auch genutzt werden, um Sozialbetrieben eine Anschubfinanzierung zu geben.

### **Berufliche Integrationsmaßnahmen stärker fördern +1,17 Mio. Euro**

Ein Programm zur beruflichen (Wieder)Eingliederung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird auf Landesebene aufgelegt. Einrichtungen, die bereits Erfahrung in der Beratung und dem Coaching von Frauen haben, können sich für entsprechende Maßnahmen bewerben. Die Landesmittel für die Arbeitsprojekte zur Qualifizierung suchtkranker Menschen wurden aus dem Landeshaushalt gestrichen, die EU-Förderung ist ausgelaufen. Diese Projekte sind ein existenzieller Baustein für die Rehabilitation und Versorgung von suchtkranken Menschen im Suchthilfesystem und müssen in die Regelfinanzierung aufgenommen werden.

### **Kommunen bei Ärzteansiedlung unterstützen +520.000 Euro**

In vielen ländlichen Regionen fehlen bereits heute Allgemeinmediziner\_innen, so dass Patient\_innen bei der Aufgabe einer Praxis keinen Arzt bzw. Ärztin mehr finden. In den nächsten Jahren wird dieses Problem aufgrund des hohen Altersdurchschnittes erheblich zunehmen. Kommunen sollen mit diesem Programm die Möglichkeit für eine Ansiedlung von Ärzt\_innen bekommen, z.B. durch den Ankauf von Gemeinschaftspraxen oder die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren.

### **Ombudsstelle Kinderrechte +120.000 Euro**

Die Ombudsstelle Kinderrecht ist in Hessen Anlaufpunkt, unabhängige Beratungsstelle und rechtliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene und ihre Familien, die rechtliche Informationen, insbesondere im Rahmen Jugendhilfe, benötigen. Bisher wird diese Stelle von der Diakonie und dem Caritasverband unterstützt und durch die Aktion Mensch bis Mai 2015 gefördert. Eine Landesförderung ist erforderlich, da es sich um eine Maßnahme zur Umsetzung der nunmehr bereits fast 25 Jahre bestehenden UN-Kinderrechtskonvention

handelt, die fordert, Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle zu geben, damit sie sich über ihre Rechte informieren und sie letztendlich auch durchsetzen können.

### **Teilhabekarte ernsthaft auf den Weg bringen +760.000 Euro**

Mit 100.000 Euro will die Landesregierung ein Konzept für die Einführung einer Teilhabekarte für Menschen mit niedrigen Einkommen erarbeiten. Es wird aber mehr Geld gebraucht, um die Kommunen in die Lage zu versetzen mit dem Land, den Verkehrsbetrieben, den kommunalen Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen Verhandlungen für eine Teilhabekarte zu führen. Eine solche Karte erlaubte die ermäßigte Nutzung des Nahverkehrs, von Theatern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen.

### **Qualität der Altenpflegeausbildung sichern +5,9 Mio. Euro**

Eine menschenwürdige Pflege älterer Menschen ist eigentlich selbstverständlich. Von Seiten der Hessischen Landesregierung wird aber an der Ausbildung der Fachkräfte gespart. Das Schulgeld ist seit 2002 nicht mehr erhöht und zusätzlich 2011 gekürzt worden. Den Altenpflegeschulen fehlen deshalb mittlerweile jeden Monat 92 Euro pro Auszubildendem. DIE LINKE fordert eine bessere Finanzierung und eine hochwertige Ausbildung von mehr Pflegekräften.



# Das Sozialbudget

## Was ist das?

Das sind mehrere Haushaltspositionen im Sozialhaushalt, die besonders geschützt sind. Das heißt, sie werden nicht gekürzt und sollen über die Legislaturperiode so bestehen bleiben.

## Wie viel macht es aus?

Das Sozialbudget beträgt 70,5 Millionen Euro und wurde laut Sozialminister um 18 Millionen Euro angehoben. Hier sind aber diverse Umbuchungen dabei, so dass es sich lediglich um 12,5 Millionen Euro handelt.

## Macht es die Operation düstere Zukunft wieder wett?

Vor elf Jahren hat die Koch-Regierung soziale Leistungen in Höhe von 30 Millionen Euro gekürzt. Da viele Einrichtungen wieder neu aufgestellt werden und Kostensteigerungen einberechnet werden müssen, fordert DIE LINKE im Hessischen Landtag 40 Millionen Euro zusätzlich. Mit der jetzigen Erhöhung des Sozialbudgets ist die Operation düstere Zukunft keinesfalls ausgeglichen.

## Wer braucht wirklich mehr Geld?

Viele Frauenhäuser überleben nur noch durch private Spenden, obwohl es sich um eine staatliche Aufgabe handelt. Notrufe und Beratungsstellen, die Frauen in Gewaltsituationen unterstützen, Gemeinweseneinrichtungen, Schulden- und Suchtberatung benötigen ebenfalls mehr Mittel, um die Arbeit professionell und flächendeckend zu finanzieren. Die Arbeitsmarktmaßnahmen besonders für Langzeitarbeitslose sind völlig unzureichend, ein Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor erwartet DIE LINKE von der Landesregierung.

## Was muss unbedingt passieren?

Die kommunalisierten sozialen Hilfen müssen tatsächlich bei den Einrichtungen ankommen. Die Mittel sollen mit der Auflage an die Kommunen gehen, dass sie zusätzlich zu der bereits geleisteten Unterstützung an die sozialen Einrichtungen weitergegeben werden.

## Gibt es auch was Gutes an dem Sozialhaushalt?

Eine sinnvolle Initiative ist die Teilhabekarte für Menschen mit niedrigen Einkommen. Dafür sind im Haushalt 100.000 Euro vorgesehen, um bis zur Jahresmitte ein Konzept mit den Kommunen zu entwickeln. Für eine Umsetzung gerade im öffentlichen Nahverkehr wird allerdings wesentlich mehr Geld gebraucht werden.

## Was will DIE LINKE noch?

DIE LINKE fordert mehr Geld für Pflege- und Seniorenberatung vor Ort, Maßnahmen für straffällige Jugendliche „Hilfe statt Knast“, die Etablierung der Ombudsstelle Kinderrechte, finanzielle Unterstützung von Kommunen bei der Ansiedlung von Allgemeinmediziner\_innen z. B. in einem Medizinischen Versorgungszentrum, vollständige Erstattung der Kosten der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung, kostenfreie Sprachkurse für Erwachsene, Fachdolmetscher\_innen bei medizinischen Behandlungen, eine psychotherapeutische Versorgung für Flüchtlinge, eine Erweiterung des Angebotes Deutsch als Zweitsprache und drei regionale Antidiskriminierungsstellen. Außerhalb des Sozialbudgets soll ein Gehörlosengeld eingeführt werden, die Ausbildung in der Altenpflege stärker unterstützt, der Fonds Heimerziehung entfristet, die Kinderhorte gefördert und die Investitionspauschale der Krankenhäuser erhöht werden.



## Bildung - Wissenschaft - Kunst



**„Qualitätsoffensive Bildung“: Für kleinere Klassen, Inklusion an Schulen, tatsächliche Unterrichtsabdeckung, wirkliche Lernmittelfreiheit, bessere Arbeitsbedingungen und Ganztagsschulen +375 Mio. Euro**

Wir wollen Schulen, die frei von Diskriminierung sind und sich jeder Schülerin und jedem Schüler individuell annehmen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich nicht am Mittelvorbethalt orientiert, sondern bedarfsgerecht agiert, die Inklusion ernst nimmt und endlich „echte Ganztagsschulen“, insbesondere im Grundschulbereich schafft.

Neben der Abschaffung des Mittelvorbethalts sind dafür auch nach wie vor langfristig rund 7.500 Lehrer\_innenstellen zu schaffen. Zunächst sind 4.950 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer notwendig:

Zur Umwandlung möglichst vieler Schulen in ganztätig arbeitende Schulen, die ihren Schulalltag rhythmisieren wollen, sind sofort 2.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

Um überhaupt die Abdeckung der Stundentafel sicherzustellen, muss endlich eine tatsächliche 100-Prozent-Zuweisung an allen Schulen erfolgen – eine durchschnittliche 100-prozentige Abdeckung, wie sie von der Landesregierung nun angestrebt wird, ist unzureichend. Für eine wirkliche 100-Prozent-Versorgung sind de facto 500 neue Stellen erforderlich. Die Klassengrößen lassen eine individuelle

Förderung und inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung nicht und gute Pädagogik nur schwer zu. Deshalb sollen mittelfristig alle Klassen um 20 Prozent verkleinert werden. Dafür sind 500 zusätzliche Stellen notwendig.

Nicht zuletzt müssen wegen der deutlichen Zunahme vielfältiger Zusatzaufgaben, mit denen Lehrer\_innen sowie Schulleitungen in den letzten Jahren konfrontiert wurden, die so genannten Schuldeputate deutlich verbessert werden. Hiermit könnte den besonders hoch belasteten Lehrkräften durch Beschluss der Gesamtkonferenz wenigstens teilweise ein zeitlicher Ausgleich gewährt werden. Für die dringend erforderliche Realisierung dieser Maßnahme ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von 1.000 Stellen.

Zur verstärkten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund muss DAZ (Deutsch als Zweitsprache) mit zusätzlichen 450 Stellen ausgebaut werden.

Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung von Lehrer\_innen sowie Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal wird so endlich wirklich begegnet!

Als nächster Schritt ist nach Abschluss der Einstellungen der schrittweise Ausbau einer zehnpromzentigen Vertretungsreserve angedacht, die bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen soll.

### **Schülerbeförderung für Alle +30 Mio. Euro**

Um die tatsächliche Übernahme aller Schülerfahrtkosten zu erreichen, werden in einem ersten Schritt sofort 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme für Kommunen. Darunter fällt auch die Vorfinanzierung von Fahrkarten für Kinder.

### **Bessere Prävention und Integration durch Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst an Schulen + 20 Mio. Euro**

Der notwendige Ausbau von ganztätig arbeitenden Schulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern je 250 zusätzliche Schulsozialarbeiter\_innen und 250 Stellen für Schulpsycholog\_innen.

### **Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) ausbauen +700.000 Euro**

Wir fordern einen Ausbau des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“, um noch mehr Schulen die Möglichkeit zu geben, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

## **Versteckte Gebühren abschaffen**

### **Lernmittelfreiheit sicherstellen +12 Mio. Euro**

An vielen hessischen Schulen wird zum Beispiel eine „Kopierpauschale“ für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Dazu zählen auch alle Gegenstände, Geräte, Instrumente und sonstige Sachmaterialien, die von den Schülern im Unterricht genutzt werden.

## **Inklusion: Einrichtung von Beratungs- und Koordinationsstellen der LAG**

### **Hessen Gemeinsam Leben! +1,2 Mio. Euro**

Es sollen wohnortnahe und von staatlichen Schulämtern unabhängige, kompetente Anlaufstellen, v.a. für Eltern von Kindern mit Behinderung eingerichtet werden, die in allen Fragen der vorschulischen und schulischen Integration und Inklusion fachkundig und fallbezogen beraten. Die Beratung soll für Eltern kostenlos sein und sich an den Wünschen und Zielen der Eltern orientieren. Auch Fachpersonen aus Schulen sowie Frühförderstellen, Kindergärten, Kindertagesstätten etc. sollen die Beratung wahrnehmen können. Auf Wunsch sollen die Mitarbeiter\_innen auch als Referent\_innen für regionale Veranstaltungen angefragt werden können.

## **Teilnahme am EU-geförderten Schulobstprogramm +500.000 Euro**

Und insbesondere Kindern und Jugendlichen aus finanziell schlechter gestellten Familien auch während des Schultages die Möglichkeit gesunder Nahrung zu geben, soll sich das Land Hessen an dem zu 75 Prozent aus EU-Mitteln geförderten Schulobstprogramm beteiligen.

## **Lebenslanges Lernen +1 Mio. Euro**

Um die Existenz und Arbeitsfähigkeit der Volkshochschulen zu sichern, müssen die Mittel erhöht werden. Ebenfalls muss eine Erhöhung des Zuschusses für Freie Träger der Erwachsenenbildung für zusätzliche Unterrichtseinheiten stattfinden.

## **Abschaffung der Schulinspektionen**

### **und zentraler Lernstandserhebungen -6,5 Mio. Euro**

Um Schulen zu einem wirklichen Ort des Lebens zu machen, mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern, engagierten Eltern und individuell geförderten Kindern und Jugendlichen sind diese Instrumente nicht geeignet. Sie spiegeln weder die individuellen Fortschritte noch die tatsächliche Schulqualität wieder.

## **Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke**

### **zur sozialen Absicherung der Studierenden +160 Mio. Euro**

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

### **Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen + 40 Mio. Euro**

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschulentwicklungs- und -umbauprogramm) fordern wir ein Programm zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

### **Bildung für alle statt Eliteschmieden für Privilegierte – 1.3 Mio. Euro**

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

### **Rückkauf des Uniklinikums Gießen und Marburg + 100 Mio. Euro**

Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg war von vorne herein ein Fehler, dessen Auswirkungen alle – sowohl die Patientinnen und Patienten als auch die Beschäftigten am Klinikum – getroffen haben.

### **Kompetenzstelle Zivilklausel + 100.000 Euro**

Mit der Schaffung einer Kompetenzstelle Zivilklausel soll den Forscherinnen und Forschern an hessischen Hochschulen eine Beratungs- und Prüfstelle an die Seite gestellt werden, deren Aufgabe es ist, Forschungsprojekte auf ihre zivile und friedliche Ausrichtung hin zu überprüfen und den „dual use“ auszuschließen.

### **Museumsförderung an den tatsächlichen Bedarf anpassen + 1,5 Mio. Euro**

Der Hessische Museumsverband übernimmt wesentliche Leistungen, die in anderen Bundesländern von staatlichen Stellen geleistet werden. Dafür erhält er vom Land Hessen eine unzureichende finanzielle Förderung. Die Mittel für die Projektförderung der staatlichen und privaten Museen sollen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf verdoppelt werden. Außerdem wollen wir mit der Erhöhung der institutionellen Förderung insbesondere die Museumspädagogik und die Provenienzforschung stärken. Jugendkunstschulen und Künstler\_innen- und Kunstvereine sollen einen Ausgleich für seit langem nicht angepasste Förderung erhalten.

### **Anpassung der Fördermittel für die Organisationen und Verbände in der Film-, Literatur- und Musikförderung + 664.000 Euro**

Die Haushaltsmittel, mit denen die Verbände und Einrichtungen Leistungen für Kunst und Kultur in Hessen erbringen, sind zum Teil seit mehr als zehn Jahren nicht mehr der laufenden Preisentwicklung angepasst worden.

## Wirtschaft und Verkehr

### **Überbetriebliche Berufsausbildung stärken... +1 Mio. Euro**

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbünden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Angesichts des chronischen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen wollen wir diese Initiativen ausbauen und mit Landesmitteln fördern.

### **...und Altbewerberförderung ausbauen +13,7 Mio. Euro**

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhöht werden. Die letzten Landesregierungen haben wiederholt die Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Betroffenen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landeshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

### **ÖPNV verbessern und klimaneutral machen +94 Mio. Euro**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist einer der größten Arbeitgeber im Land und bietet Mobilität gerade für junge Menschen und Senioren sowie für Menschen ohne PKW. Er leistet außerdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Senkung des verkehrsbedingten Abgasausstoßes. Aber der ÖPNV in Hessen wird seit Jahren unzureichend finanziert. Im ländlichen Raum ist das Angebot kaum noch alltagstauglich. Für Investitionen und zur Förderung des laufenden Betriebs wollen wir je 40 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich einstellen. Außerdem sollen 14 Millionen Euro in ein Pilotprojekt für ein klimaneutrales ÖPNV-Angebot fließen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken und so vor Ort einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

### **Beweglich bleiben – Fahrradverkehr fördern +510.000 Euro**

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor. Außerdem wollen wir Anbieter von Radfahrkursen fördern.

### **Entwicklungszusammenarbeit stärken +295.000 Euro**

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen engagieren sich für die Entwicklungszusammenarbeit. Hier geht es um drängende soziale und ökologische Anliegen, die Menschen in Entwicklungsländern, aber auch hier in Hessen unmittelbar betreffen. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Hessen hinkt hier weit hinterher. Wir fordern eine Verdopplung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

## Umwelt, Verbraucherschutz, Forst, Landwirtschaft und ländliche Räume

### **Umwelt und Ressourcen schützen, Arbeitsplätze schaffen, sozial-ökologischer Umbau der ländlichen Räume +12 Mio. Euro + EU-Zuschüsse**

Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz unserer natürlichen Lebengrundlagen sowie zur Erholung zu. Gleichzeitig mangelt es an einer Infrastruktur, die die Menschen auf dem Land hält und ihr Einkommen sichert und die Lebensqualität fördert.

Für 2015 planen wir eine Anschubfinanzierung von 12 Millionen Euro in Infrastrukturmaßnahmen und eine ökologisch nachhaltige Flächennutzung. Zuschüsse – auch EU-Agrarsubventionen – darf es nur für Projekte geben, die soziale und ökologische Verbesserungen erbringen. Die Investitionen müssen in den nächsten Jahren mit größeren Beträgen weitergeführt werden. Gefördert werden sollen insbesondere ökologischer Landbau, standortangepasste Grünlandextensivierung, Verwertung von organischen Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen in den Kommunen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie ein alltags-tauglicher und klimaneutraler ÖPNV in der Fläche.

### **Energie- und Stoffeffizienz in Klärwerken steigern +7,5 Mio. Euro**

Die 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 Prozent des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. 25 bis 50 Prozent des Energieverbrauchs der Abwasserreinigung kann eingespart werden.

Phosphor ist für alle Lebewesen unersetzlich und neben Stickstoff die wichtigste Grundlage für Pflanzenwachstum und Hauptbestandteil von Pflanzendünger. Phosphor ist ein immer knapper werdender Mineralstoff und muss in Zukunft aus den Abwässern zurückgewonnen werden. Diese Möglichkeit wollen wir mit Landesmitteln voranbringen.

### **Nachhaltiger Waldbau, Umweltbildung und mehr Beschäftigte in hessischen Wäldern +7,7 Mio. Euro**

Seit der „Operation sichere Zukunft“ 2003 werden bei Hessen Forst Stellen abgebaut. Die personelle Fehlplanung führt zu höherem Arbeitsdruck und das bei stetig steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten. Auch wird in den Forstbetrieben nicht genug ausgebildet. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich

festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einem zertifizierten nachhaltigen Waldbau nicht nachkommen. Für die Arbeiten im Forst sind deshalb 200 neue Waldarbeiter\_innen und 100 Auszubildende einzustellen. Zusätzlich muss jeder Revierförsterei mindestens ein\_e Forstwirtschaftler\_in zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen.

### **Klimawandel: Zwei-Grad-Grenze einhalten +1,6 Mio. Euro**

Den Klimawandel einzudämmen und die Erarbeitung von Maßnahmen zur Anpassung an die aktuelle, nicht abzuwendende Temperaturerhöhung sind vordringliche Aufgaben. Ein Klimaschutzplans für Hessen mit konkreten Treibhausgasreduktionszielen bis 2050 muss fachübergreifend erarbeitet und Klimaschutzmaßnahmen aktuell umgesetzt werden.

### **Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung stärken +1,9 Mio. Euro Verbraucherrechte ausweiten +1,59 Mio. Euro**

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. Die erhöhte Förderung durch das Land Hessen führt die Mittel für die Verbraucherzentrale gerade einmal auf das Niveau von 2003, vor der „Operation Sichere Zukunft“ zurück.

50 Cent pro Einwohner\_in für die Beratungstätigkeiten, eine Erhöhung der Projekt- sowie Personalmittel sind für einen guten Verbraucherschutz aber mindestens notwendig. Zudem erhöht die Industrialisierung und Internationalisierung der Lebensmittelproduktion die Anforderungen an eine Überwachung unserer Nahrung stetig. Deshalb muss die Lebensmittelüberwachung gestärkt werden.

### **Großprojekte: Belastungen für Mensch und Natur beachten +845.000 Euro**

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Bio-Monitoring. Die Frage, wie viel uns das ungebremste Wachstum kostet, muss für den Flughafen und andere Großprojekte beantwortet werden. Das Human-Biomonitoring soll Teil der Umweltüberwachung werden und als Grundlage für eine raumverträgliche Flächennutzungsplanung sowie der Genehmigungsverfahren nach dem BundesImmissionsschutzgesetz (BImSchG) dienen. Zusammen mit den betroffenen Bürger\_innen sowie den Umweltverbänden und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung soll ein solches Programm erarbeitet werden.

**Beirat für sicheren Rückbau des AKW Biblis +100.000 Euro**

Der sichere Rückbau der beiden Reaktorblöcke in Biblis wird die Menschen in der Region noch über Jahrzehnte beschäftigen. Die Planungen und Arbeiten sollen gemäß der „Bensheimer Erklärung“ (2012) von einem unabhängigen Beirat öffentlich und kritisch begleitet werden. Der Beirat muss an allen Rückbauschritten beteiligt sein und auch die Möglichkeit haben, unabhängige Gutachter zu beauftragen. Die Mittel zur Einrichtung und Finanzierung eines unabhängigen Beirates sind bis zum Ende des Rückbaus fortzuschreiben.

**Hessen-Forst muss den Kommunen Flächen für die Windenergie pachtfrei zur Verfügung stellen +2 Mio. Euro**

Dem Landesbetrieb Hessen-Forst gehört ein Großteil der Waldflächen. Die hohe Pacht, die Hessen-Forst für die Nutzung als Windenergieflächen verlangt, erschwert Investitionen und bremst den Ausbau der für den Endkunden preiswerten Windenergie in Hessen. Der Landesbetrieb Hessen-Forst stellt kommunalen Energiegenossenschaften, Kommunen und Landkreisen Waldflächen für die Windenergienutzung pachtfrei zur Verfügung.



## Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Integration

### Privatisierungen stoppen

#### Wirtschaft und Kommunen demokratisieren! -6 Mio. Euro

Unter den Ministerpräsidenten Koch und Bouffier wurde Hessen zu einem Versuchslabor der Privatisierung: Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert. Und das obwohl hierdurch nachweislich hohe Defizite, Verschlechterungen für die Allgemeinheit und ein Abbau von Rechten der Beschäftigten einher gingen. DIE LINKE möchte diese Politik beenden und die öffentliche Infrastruktur stärken. Das so genannte „Kompetenzzentrum PPP“, mit welchem das Land Hessen weiter Privatisierungen fördert, soll aufgelöst werden.

#### Hessens Regionen und öffentliche Infrastruktur stärken +355.000 Euro

Von Gesundheit über Energie bis zur Mobilität: Die Kommunen und Menschen vor Ort brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur in kommunaler Selbstverwaltung, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt sollen in Hessen im Zentrum stehen. Das Land Hessen soll die Kommunen deshalb mit dem „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ qualifiziert beraten, um öffentliche Leistungen, wie die der Energieversorgung, der Gesundheit oder des Nahverkehrs wieder öffentlich zu organisieren und zu betreiben.



### Für Demokratie und Freiheit -

#### Nein zu Schnüffelstaat und Verfassungsschutz -3,3 Mio. Euro

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Und Geheimdienste, die in ei-

nem Netz von V-Leuten und obskuren Ermittlern sogar mit dem rechten Terrorismus verwoben sind, gehören abgeschafft. Auch der Hessische Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ wurde seit 2001 mit immer weiteren Mitteln aufgebläht und hat bei der Bekämpfung rechter Gewalt völlig versagt. Wir wollen den hessischen Inlandsgeheimdienst schrittweise auflösen. Gegen anti-demokratische, rassistische und menschenfeindliche Gefährdungen soll es stattdessen eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts für Demokratie und Menschenrechte geben, die auch wissenschaftlich arbeitet und unterstützt, ohne V-Leute und ohne das Recht auf Schnüffeln!

### **Neofaschismus bekämpfen - zivilgesellschaftliches Engagement fördern! +3,3 Mio. Euro**

Hessen hat weiterhin mit neo-faschistischen Strukturen und Nazi-Gewalt zu kämpfen. Wir fordern seit Jahren Bildungs- und Präventionsarbeit nicht vom Verfassungsschutz, sondern von zivilen Vereinen und Organisationen. Denn anders als der Verfassungsschutz arbeiten diese demokratisch und transparent und sind nicht Teil der braunen Szene. Wir wollen jährlich gut zwei Millionen Euro für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und sollen Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neo-Faschismus widmen.

### **Überstunden und Belastung abbauen - Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten +3 Mio. Euro**

Die Hessische Polizei hatte starke Personalkürzungen in der Vergangenheit und wird hohe jahgangsbedingte Abgänge in der Zukunft verkraften müssen. Einzelne Dienststellen sind kaum noch zu besetzen, es gibt Millionen an Überstunden und in den nächsten Jahren werden durch die Arbeitszeitreduzierung hunderte weitere Stellen fehlen. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärtinnen und Anwärtern auf gut 800 Stellen pro Jahr, damit innerhalb der nächsten Jahre neues Personal in die Dienststellen kommt.

### **Faire Bezahlung und Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst! +348,8 Mio. Euro**

Die hessischen Beamt\_innen haben mit 42 Wochenstunden die längste Wochenarbeitszeit und mit 67 Jahren auch die längste Lebensarbeitszeit in ganz Deutschland. Dennoch vollzieht die Landesregierung erneut Kürzungen bei ihrem Gehalt. Wir wollen die Arbeitszeit wie in allen Bundesländern, auf 40 Stunden begrenzen und fordern die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder.

## Recht und Tierschutz

### **Menschenwürdige und gesunde Verpflegung im Strafvollzug +4,8 Mio. Euro**

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung, die (Wieder)Eingliederung der Inhaftierten in die Gesellschaft. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der oder die Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen. Grundvoraussetzung hierfür ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der Inhaftierten. Für den Einkauf von Lebensmitteln zur Verpflegung Inhaftierter werden in Hessen pro Hafttag ca. 2,15 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern daher - als Beginn - mindestens eine Verdoppelung des für den Einkauf von Lebensmitteln zur Gefangenenverpflegung bereit gestellten Betrages.

### **Strafvollzug: mehr Geld für konsequente Resozialisierung +2,4 Mio. Euro.**

Wirksame Resozialisierung setzt auch die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der JVA aber vor allem auch durch Ausführung der Inhaftierten. Um beides in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Im Übrigen sind die Mitarbeiter\_innen des allgemeinen Vollzugsdienstes auch wichtige Ansprechpartner\_innen für die Inhaftierten. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, ist eine Aufstockung des Personals angezeigt.

### **Keine Privatisierung des Strafvollzugs -**

#### **Privatisierte Dienste in der JVA Hünfeld rückverstaatlichen +/-0 Euro**

Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und darf nicht Privaten übertragen werden. Privatisierungen sind daher auszuschließen bzw. soweit bereits vorgenommen, rückgängig zu machen. Dienste, die in privater Trägerschaft erbracht werden, sollen auf das Land Hessen zurück übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten erbracht werden. Deshalb werden die Aufwendungen für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld mit 5,8 Mio. € aus dem Haushalt gestrichen und dem öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellt.

### **Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels - vorzeitige Entlassung aus der Haft -5,5 Mio. Euro**

Eine Vollzugsplanung, die das Ziel der Resozialisierung, also der (Wieder)Eingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft ernst nimmt, muss systematisch auf eine vorzeitige Entlassung - wie sie im Strafgesetzbuch nach der Hälfte oder Zweidritteln der Strafzeit unter Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung ermöglicht wird - hinarbeiten und diese auch sicher stellen. Denn Ziel des Vollzugs von Frei-

heitsstrafen ist es, die Inhaftierten in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Es ist allerdings ein kaum aufzulösender Widerspruch, das Leben in Freiheit in der Gefangenschaft zu lernen.

### **Konsequente Umsetzung des Erziehungsziels - vorzeitige Entlassung aus dem Jugendvollzug -1,2 Mio. Euro**

Ziel des Jugendstrafvollzugs ist es, den Verurteilten zu einem rechtschaffenen und verantwortungsbewussten Lebenswandel zu führen. Um negative Folgen des Freiheitsentzuges so gering wie möglich zu halten, ist konsequent auf das Erreichen des Erziehungsziels und vorzeitige Entlassung hinzuwirken. Das Jugendgerichtsgesetz ermöglicht eine Aussetzung des Strafrests zur Bewährung nach Verbüßung von 6 Monaten bzw. einem Drittel der Strafe, wenn der Versuch verantwortet werden kann, zu erproben, dass der Verurteilte einen rechtschaffenen Lebenswandel führen wird. Um die negativen Folgen des Freiheitsentzuges so gering wie möglich zu halten fordert DIE LINKE, dass konsequent von der Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung Gebrauch gemacht wird.

### **Konsequente Förderung des Tierschutzes +150.000 Euro**

Unter anderem die Tierschutzvereine übernehmen vielerorts wichtige Tierschutzaufgaben. Ein großes Problem ist hierbei immer wieder, dass das große Engagement auch finanziell unterlegt werden muss. Deshalb muss ein Fond eingerichtet werden aus dem auf Antrag etwa von Tierschutzvereinen die zusätzlichen Mittel verausgabt werden können um diese bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Hierzu gehört zum Beispiel die Instandhaltung von Tierheimen.



## Integration

### **Kostenfreie Deutschkurse für Asylsuchende +800.000 Euro**

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Asylsuchende und Geduldete sind jedoch von den sogenannten Integrationskursen, die im Wesentlichen aus dem Deutschkurs bestehen, ausgeschlossen. EU-Bürger\_innen und Personen mit humanitären Aufenthaltstiteln werden nur dann zugelassen, soweit Kursplätze verfügbar sind. Wir wollen, dass alle Interessierten die Möglichkeit haben, kostenfrei an Deutschkursen teilzunehmen.

### **Geflüchtete menschenwürdig unterbringen +62 Mio. Euro**

Asylsuchende haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung. Die Zustände in manchen hessischen Gemeinschaftsunterkünften sind aber katastrophal. Vielerorts entstehen neue Containersiedlungen und andere Provisorien – fernab von Wohngebieten, Schulen und medizinischen Einrichtungen. Wir wollen, dass Asylsuchende dezentral und vorrangig in Wohnungen untergebracht werden und dass sie gut betreut werden. Die therapeutische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen muss gewährleistet sein. Dazu muss das Land die Kommunen in weit größerem Umfang unterstützen als bisher.

### **Diskriminierungen effektiv begegnen Betroffene unterstützen +900.000 Euro**

Viele Menschen sind beim Zugang zum Arbeitsmarkt, bei der Bewerbung auf Ausbildungsstellen oder in anderen Alltagssituationen von Diskriminierung betroffen – sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihres Geschlechts. Die von der Landesregierung geplante Einrichtung einer zentralen Antidiskriminierungsstelle wird kaum ausreichen, den vielfältigen Formen von Diskriminierung effektiv zu begegnen – dazu fehlt ihr die Unabhängigkeit, und sie ist personell unterbesetzt. Drei regionale und unabhängige Beratungsstellen sollen daher für Betroffene einen einfachen Zugang zur Antidiskriminierungsberatung bieten. Zu einem effektiven Diskriminierungsschutz gehört auch die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für von Diskriminierung Betroffene.

### **Deutsch als Zweitsprache mit zusätzlichen Lehrkräften stärken +22,5 Mio. Euro**

Viele Schüler\_innen mit Migrationshintergrund benötigen eine gezielte Sprachförderung. Ein Programm zur Stärkung von Deutsch als Zweitsprache mit zusätzlich 450 Lehrer\_innen soll helfen, die Sprachkenntnisse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund angemessen zu fördern.

## Wohnen

### **Sozialwohnungsbestand deutlich ausweiten +40 Mio. Euro**

Bereits seit vielen Jahren sinkt der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen, da der geringen Zahl an neuen Sozialwohnungen eine immer größer werdende Zahl an aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen gegenübersteht. Inzwischen nähert sich Hessen der Zahl von nur noch 100.000 Sozialwohnungen, obwohl die Anzahl der anspruchsberechtigten Wohnungssuchenden gleichzeitig stetig steigt. Aufgrund dieses Wohnungsmangels steigen insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, aber auch in den größeren Städten in Mittel- und Nordhessen, die Mieten überdurchschnittlich. Wir wollen diesen Trend umkehren und durch ein Förderprogramm erreichen, dass jährlich 4.000 Sozialwohnungen neu gebaut werden.

### **Angemessenen Wohnraum für Studierende schaffen +12 Mio. Euro**

Für die wachsende Zahl von Studierenden gibt es kaum angemessene Wohnheimplätze oder Wohnungen. Nicht einmal zehn Prozent aller in Hessen Studierenden kann über die Studierendenwerke der Universitäten studentischer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Dieser unhaltbaren Situation muss mit einem massiven Förderprogramm begegnet werden. Wir wollen, dass jährlich 2.000, den heutigen Standards entsprechende, zusätzliche Studierendenwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann es sich sowohl um Neubauten, aber auch um Umbauten von leer stehenden Büros handeln.

### **Der Spaltung zwischen Arm und Reich entgegentreten**

#### **Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“ +3 Mio. Euro**

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schlägt sich auch in Form räumlicher Trennung nieder: Reichenviertel dort, sogenannte soziale Brennpunkte hier. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollte dem entgegenwirken – durch Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern, Maßnahmen der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe. Aber der Bundesanteil wurde von Schwarz- Gelb Ende 2010 zusammengestrichen – trotz Warnung des Deutschen Städtetages. Wir fordern das Programm zu verstetigen und auszuweiten. Hierbei sind auch dauerhafte Stellen zu schaffen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten liegen.

*Mehrausgaben**Ergebnis in €***Kultus**

Ganztagsangebote (2500 Lehrer)	-195.850.000
Qualitätsoffensive Bildung (2000 Lehrer)	-156.680.000
Schülerbeförderung	-30.000.000
Deutsch als Zweitsprache (450 Lehrer)	-22.500.000
Schulpsychologische Betreuung	-19.585.000
Lernmittelfreiheit	-12.000.000
Verbesserung der Schulsozialarbeit	-4.583.000
Beratungsstellen Inklusion	-1.200.000
lebenslanges Lernen	-1.100.000
JEKI	-700.000
Schulobstprogramm	-500.000

**-444.698.000****Personal**

Rückkehr zur 40-Stunden-Woche	-208.800.000
Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamt_innen	-140.000.000
Keine Kürzung der Beihilfe	-20.000.000
Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst	-17.500.000
600 zusätzliche Auszubildende im Landesdienst	-8.049.000

**-394.349.000****Kommunen**

KFA	<b>-345.000.000</b>
-----	---------------------

**Wissenschaft und Kunst**

Förderung der Studierendenwerke	-160.000.000
Rücklage für den Rückkauf des UKGM	-100.000.000
Museums-, Ausstellungen und Künstlerförderung	-1.481.000
Musikförderung	-296.000
Literaturförderung	-250.000
Filmförderung	-118.000
Kompetenzstelle Zivilklausel	-100.000

**-262.245.000****Wirtschaft und Verkehr**

Förderung des ÖPNV Angebots	-40.000.000
ÖPNV Infrastrukturförderung	-40.000.000
Energie	-30.000.000

Pilotprojekt Klimaneutraler ÖPNV	-14.000.000
Programme zur Erstausbildung	-13.658.000
Lärmsanierung an Straßen	-10.000.000
Förderung der beruflichen Bildung	-1.000.000
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten	-1.000.000
Radwegekampagne	-500.000
Entwicklungszusammenarbeit	-295.000
Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	-250.000
Radkurse für Erwachsene	-10.000
	<b>-150.713.000</b>

## Soziales

Flüchtlingsunterbringung	-62.000.000
Krankenhausfinanzierung	-20.000.000
Frauenhäuser, Beratungsstellen sowie Suchthilfe	- 10.000.000
Öffentlicher Beschäftigungssektor	-10.000.000
Altenpflegeausbildung	-5.900.000
Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen	-1.500.000
Gehörlosengeld	-1.400.000
Pflegestützpunkte und Seniorenberatungsstellen	-1.000.000
Sonderprogramm Hortausbau	-1.000.000
Antidiskriminierungsstelle	-900.000
Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	-800.000
Teilhabeakte ausbauen	-760.000
Hilfe statt Knast	-600.000
Maßnahmen zur beruflichen Integration von Frauen	-600.000
Arbeitsprojekte in der Suchthilfe	-570.000
Kommunen bei Ärzteansiedlung unterstützen	-520.000
Medizinische Dolmetscherdienste	-500.000
Schwangerenkonfliktberatung	-500.000
Fonds Heimerziehung	-500.000
Frauennotruf	-330.000
Ombudsstelle Kinderrechte	-120.000
	<b>-119.500.000</b>

## Wohnen und Umwelt

Sanierung von Abwasseranlagen	-46.000.000
Förderung des studentischen Wohnraums	-40.000.000
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	-12.000.000
Nachhaltige Flächennutzung	-12.000.000
Hessen-Forst	-7.700.000

Soziale Stadt	-3.000.000
Pachtfreie Flächen für Windenergie	-2.000.000
Lebensmittelüberwachung	-1.900.000
Klimaschutzplan	-1.600.000
Verbraucherschutz	-1.590.000
Gesamtbelastungsstudie (Ballungsraum Rhein-Main)	-845.000
Tierschutz	-150.000
AKW Biblis Rückbau-Beirat	-100.000

**-128.885.000**

## Innenministerium

Aktionsprogramm gegen Rechts	-3.314.000
Polizeianwärterstellen	-2.964.000
Kompetenzzentrum Rekommunalisierung	-355.000

**-6.633.000**

## Justiz

Gefangenenverpflegung	-4.886.000
50 Stellen im Justizvollzug	-2.393.000

**-7.279.000**

## Finanzministerium

Zusätzliche Steuerfahnder und Betriebsprüfer	-7.834.000
Überwachung des Vergabegesetzes	-5.000.000

**-12.834.000**

Summe der Mehrausgaben	-1.872.139.000
<b>davon 2015 kassenwirksam</b>	<b>-1.741.139.000</b>

Wassercent	80.000.000
Verbesserter Steuervollzug	160.000.000
Erbschaftsteuer	599.000.000
Vermögensteuer	1.500.000.000
<b>Summe der Mehreinnahmen</b>	<b>2.339.000.000</b>

*Einsparungen* *Ergebnis in €*

Verzicht auf PPP	6.051.000
Abschaffung der Schulinspektion	5.564.000
Stärkung der Resozialisierung	5.500.000
Kassel-Calden	4.900.000

Landesvertretung in Berlin	4.352.000
Verfassungsschutz	3.314.000
EBS	1.319.000
Stärkung der Resozialisierung im Jugendvollzug	1.200.000
Abschaffung der zentralen Lernstandserhebung	930.000
Landesbeauftragter Heimatvertriebene	12.000
JVA Hühnfeld	0,0
<b>Summe der Einsparungen</b>	<b>33.145.000</b>

<b>Summe der Haushaltsverbesserungen</b>	<b>2.372.145.000</b>
<b>Mehrausgaben</b>	<b>-1.741.139.000</b>
<b>Reduzierung der Netto-Neuverschuldung</b>	<b>631.005.000</b>

---

## Quellenangaben

Seite 1: © Linksfraktion im Hessischen Landtag

Seite 6: © Gina Sanders/fotolia.com

Seite 8: © Linksfraktion im Hessischen Landtag

Seite 9: © spotmatikphoto/fotolia.com

Seite 11: © Alexander Rathsfotolia.com

Seite 13: © Woodapple/fotolia.com

Seite 14: © Linksfraktion im Hessischen Landtag

Seite 21: © www.thomas-wahle.de

Seite 22: © forkART Photography/fotolia.com

Seite 25: © peta

**DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag**

Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

**Tel.:** 0611-350 60 90

**Fax:** 0611-350 60 91

**E-Mail:** [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)

**Internet:** [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG